

„Wir wollen keinen Ampelstreit 2.0“

SPD-Chefin Saskia Esken spricht über unterschiedliche Interpretationen des Koalitionsvertrags und ihre künftige Rolle

■ **Berlin.** Die SPD-Vorsitzende Saskia Esken spricht im Interview mit unserer Zeitung über die Kritik am Koalitionsvertrag aus ihrer Partei, rasche Entlastungen für die breite Bevölkerung bei der Einkommenssteuer und aus welcher Position sie künftig die SPD-Regierungsarbeit begleiten will.

Frau Esken, was bedeutet es für das Ergebnis Ihrer Mitgliederbefragung, dass die Jusos den Koalitionsvertrag mit der Union ablehnen?

Es ist das gute Recht der Jusos, sich mit dem Koalitionsvertrag kritisch auseinanderzusetzen. Ihr Bundesvorsitzender Philipp Türmer hat ja aber auch erklärt, dass es jedem SPD-Mitglied freisteht, wie es abstimmt. Unsere Mitglieder sind in der Lage, sich eine eigene Meinung zu bilden. Ich bin zuversichtlich, dass es am Ende eine breite Zustimmung für die Inhalte des Koalitionsvertrags und für ein Bündnis mit der Union gibt.

Wie wollen Sie das unterstützen?

Es wird zahlreiche Dialogformate geben, überwiegend digital. Der Auftakt war an diesem Montag in Hannover mit einer großen Präsenzveranstaltung. Wir wollen unseren Mitgliedern erklären, warum wir den Koalitionsvertrag für eine gute Grundlage für gute Politik für unser Land und seine Menschen halten. Am Ende kommt es auf die Umsetzung an. Und hier setze ich darauf, dass unsere Mitglieder Vertrauen in die handelnden Personen haben – in der SPD-Bundestagsfraktion, in der Partei, in einem möglichen Kabinett. Das halte ich für zentral in dem Prozess.

Kann aus der Ablehnung der Jusos eine Bewegung entstehen?

Philipp Türmer hat diese Frage bereits verneint, und auch ich halte das für unwahrscheinlich. Wir kennen und schätzen die Jusos als kritische Begleiter der SPD-Regierungsarbeit.

Hat die neue Koalition eine Vision?

Ich würde es eher eine Mission nennen. Die Mission nämlich, Deutschland so durch Zeiten schwerwiegender Umbrüche aus Demografie, Digitalisierung und Dekarbonisierung zu führen, dass die Menschen und ihr Wohlstand nicht unter die Räder kommen. Wenn wir zudem auf die russische Aggression samt anhaltendem Angriffskrieg gegen die Ukraine, auf die Unwägbarkeiten der neuen US-Administration und den welt-



Sie ist immer noch da, was viele nach dem Wahldebakel überrascht: SPD-Chefin Saskia Esken hat den Koalitionsvertrag mitverhandelt. Aber sie schweigt über ihre künftige Rolle in Partei und Regierung. Foto: Kay Nietfeld/dpa

weiten Handelskrieg schauen, ist diese Mission gewaltig. Denn mit den Umbrüchen gehen Angriffe auf die Demokratie und unser Wertegerüst einher, gegen die wir unbedingt standhalten müssen.

Trägt dieser Koalitionsvertrag eine dominante SPD-Handschrift?

Das ist nicht unsere Denke gewesen. Weder auf unserer Seite noch aufseiten der Union haben wir mit dem Ziel verhandelt, dass wir uns hinterher in Gewinner und Verlierer aufteilen können. Vielmehr haben wir uns während der Verhandlungen von beiden Seiten der Realität angenähert und sind zu guten Kompromissen gekommen.

Zur geplanten Einkommensteuerentlastung verweist die Union nun auf Wirtschaftswachstum, das es vorher braucht. Teilen Sie das?

Es ist eine Binse, dass in einem Koalitionsvertrag alle finanzwirksamen Vorhaben unter Finanzierungsvorbehalt stehen. Es ist doch klar, dass wir nur das Geld ausgeben können, das uns zur Verfügung steht. Bei der Einkommensteuerentlastung für die kleinen und mittleren Einkommen handelt es sich aber um eine klare Vereinbarung, nicht nur der Wirtschaft, sondern auch den Beschäftigten ein klares Signal von Dynamik und Zuversicht zu geben. Bei beidem können wir nicht darauf warten, dass die Wirtschaft von alleine wieder anzieht.

Was heißt das konkret?

Unstrittig ist, dass Unternehmen jetzt sehr schnell die Superabschreibungen bekommen und darauf eine Absenkung der Körperschaftsteuer folgt. Das hilft den

Betrieben schon mal sehr. Doch auch der Großteil der Bevölkerung hat zuletzt sehr unter hohen Preisen und geringer wirtschaftlicher Sicherheit gelitten. Die Menschen im unteren und mittleren Einkommenssegment brauchen Entlastungen, für die am oberen Ende ist das verzichtbar. Das hat für uns als SPD Priorität und es ist im Koalitionsvertrag fest vereinbart.

Wann muss das also kommen?

Wir als SPD stehen dafür ein, dass eine Entlastung wie beschrieben zügig auf den Weg gebracht wird. Bei der Finanzierung hilft, dass der Solidaritätszuschlag für die obersten Einkommensgruppen in Karlsruhe bestätigt wurde und bleiben kann.

Friedrich Merz stellt die Einkommensteuerreform aber infrage.

Im Zeitungsinterview am Sonntagmorgen vielleicht schon. Am Abend im Fernsehen fand ich ihn sehr klar, dass er das auch will.

Sind diese unterschiedlichen Interpretationen bei Ihnen und der Union nicht ein Problem?

Das sehe ich nicht. Wir sind derzeit in einer Phase, in der die Union und wir als SPD unsere eigenen Leute von dem Koalitionsvertrag überzeugen wollen. Da betonen wir unsere jeweiligen Positionen und machen deutlich, was wir priorisieren. Wenn der Koalitionsvertrag unterschrieben ist, machen wir uns an die Umsetzung. Wir wollen keinen Ampel-Streit 2.0. Das haben wir uns fest vorgenommen.

Aber beim Mindestlohn gibt es ebenfalls diese Verwirrung. Kommt die Erhöhung auf 15 Euro sicher?

Ganz sicher kommt die Erhöhung auf 15 Euro Mindestlohn. Es ist klar, dass die Kommission nicht noch einmal ein Ergebnis präsentieren kann, bei dem die Arbeitgeberseite einfach die Arbeitnehmer überstimmt. Die Kommission wurde im Sinne der Sozialpartnerschaft eingerichtet und sollte nun auch so arbeiten. Zu unserem Bekenntnis zur Sozialpartnerschaft gehört übrigens auch das Tariftragegesetz, das wir zügig umsetzen werden.

Aus welcher Position heraus wollen Sie die Regierungsarbeit begleiten?

Aus einer kraftvollen. Aus welcher, das steht jetzt nicht zur Debatte. Jetzt geht es um die Inhalte des Koalitionsvertrags und um die SPD-Mitgliederzustimmung.

Aber die Debatte um Sie als Person läuft doch längst. Wollen Sie erneut für den SPD-Vorsitz kandidieren?

Die Frage der Neuaufstellung der SPD haben wir als Teamaufgabe übernommen, das besprechen Lars Klingbeil und ich miteinander. Zu gegebener Zeit werden wir uns dazu äußern.

Sie bereits gesagt, für ein Ministerinnenamt zur Verfügung zu stehen. Bleibt es dabei?

Als SPD-Spitze werden wir gemeinsam und verantwortungsvoll ein gutes Personaltableau für Partei, die Fraktion und Kabinett aufstellen, das den Ansprüchen einer progressiven Volkspartei nach Zukunftsgewandtheit und Repräsentation gerecht wird.

Das Gespräch führte **Jan Drebes**

Kompakt

Welthungerhilfe sieht desaströse Lage im Sudan

■ **Bonn/Berlin.** Zwei Jahre nach Beginn des Krieges im Sudan zeichnen Hilfsorganisationen ein düsteres Bild der humanitären Katastrophe in dem nordostafrikanischen Land. „Die Lage im Sudan ist desaströs. Menschen sterben, weil sie keinen Zugang zu Nahrungsmitteln und sauberem Wasser haben“, erklärte der Generalsekretär der Welthungerhilfe, Mathias Mogge. Die internationale Gemeinschaft muss nach seinen Worten dringend mehr Geld bereitstellen, „um das Überleben der Betroffenen zu sichern“. Die Kämpfe begannen am 15. April 2023 und weiteten sich rasch auf weitere Gebiete aus. Zuletzt eroberte die Armee die Hauptstadt Khartoum zurück. epd

Baerbock provoziert Israel

Angriff auf Krankenhaus in Gaza spaltet die Gemüter

■ **Tel Aviv/Gaza.** Israels Regierung hat gereizt auf eine deutsche Stellungnahme zum Angriff der israelischen Streitkräfte auf ein Krankenhausgebäude im Norden des umkämpften Gazastreifens reagiert. Es habe sich um einen „präzisen Angriff“ auf ein einzelnes Gebäude gehandelt, das von der islamistischen Hamas als Kommando- und Kontrollzentrum genutzt worden sei, schrieb das israelische Außenministerium auf X. Es reagierte damit auf einen englischsprachigen X-Beitrag aus dem Hause der geschäftsführenden Bundesaußenministerin Annalena Baerbock (Grüne). In der Stellungnahme des Auswärtigen Amtes heißt es: „Der grausame Hamas-Terror gehört bekämpft. Aber humanitäres Völkerrecht gilt, mit besonderer Schutzverpflichtung für zivile Orte. Wie soll ein Krankenhaus in weniger als 20 Minuten evakuiert werden?“ Baerbock selbst schrieb dies auf ihrem eigenen X-Account auch auf Deutsch.



„Wir würden eine klare und scharfe Verurteilung der Nutzung von Krankenhäusern durch die Hamas erwarten und keine Rhetorik, die die Hamas zum fortgesetzten Missbrauch der zivilen Infrastruktur ermutigt“, antwortete Israels Außenministerium. Leider fehlten in der deutschen Erklärung „wichtige Fakten“. So habe die israelische Armee vor dem Angriff früh eine Warnung ausgegeben. Es habe auch keine zivilen Opfer infolge des Angriffs gegeben.

In dem angegriffenen Gebäude habe es keine medizinischen Aktivitäten gegeben, hieß es in der Darstellung des israelischen Außenministeriums. Auch sei das Krankenhausgelände bei dem Angriff nicht weiter beschädigt worden, sodass es für weitere Behandlungen betriebsbereit bleibe.

Dies widerspricht allerdings den Angaben der Weltgesundheitsorganisation (WHO). Demnach wurde das Krankenhaus bei dem Angriff schwer beschädigt. Die Notaufnahme, das Labor, Röntgengeräte und die Medikamentenausgabe seien zerstört worden, schrieb WHO-Generaldirektor Tedros Adhanom Ghebreyesus auf X unter Verweis auf den Klinikdirektor. 50 Patienten seien verlegt worden, 40 Schwerkranke hätten vor dem Angriff nicht mehr in Sicherheit gebracht werden können. Ein Kind sei gestorben, weil es nicht versorgt werden konnte. „Krankenhäuser sind durch das humanitäre Völkerrecht geschützt“, schrieb Tedros. „Angriffe auf die Gesundheitsversorgung müssen aufhören.“ dpa

Foto: Geert Vanden Wijngaert/AP/dpa

Galaxien, die nie eine Koalition zuvor gesehen hat

Vom Mond bis zur Tiefsee: Wir haben einige kuriose schwarz-rote Ankündigungen zusammengetragen

Von Hagen Strauß

■ **Berlin.** „Verantwortung für Deutschland“, so heißt der Koalitionsvertrag. Und die Verantwortung wollen Union und SPD sozusagen bis zum Mond wahrnehmen. Denn die 144 Seiten starke Koalitionsbibel enthält nicht nur Maßnahmen bei der Steuer, für Wirtschaft, Verteidigung und gegen die illegale Migration. Es finden sich auch ein paar überraschende schwarz-rote Ankündigungen.

1 Raumfahrt: Dass vor allem Star-Trek-Fan Markus Söder ein glühender Raumfahrt-Anhänger ist, weiß man. Daher besetzt auch die CSU das neue Ministerium für Forschung, Technologie und Raumfahrt. Dieses Ressort soll das umsetzen, was im Vertrag zu lesen ist: „Wir streben an, dass eine deutsche Astronautin oder ein deutscher Astronaut im Rahmen einer internationalen Mission zum Mond fliegt.“ Ob mit oder ohne CSU-Parteibuch, bleibt offen.

2 Toiletten: Schon länger beklagt die Transportbranche, dass es zu wenige Toiletten auf

den Raststätten an den Autobahnen gibt und dass sie bezahlt werden müssen. Letzteres kann sich läppern angesichts der Strecken, die Lkw-Fahrer absolvieren müssen. Die künftige Koalition verspricht daher Berufskraftfahrern dies: „Wir wollen die Sanitärinfrastruktur auf Park- und Rastplätzen auf Bundesautobahnen mit kostenfreiem Zugang ausbauen.“

3 WG-Garantie: Erst kürzlich kam eine Studie zu dem Ergebnis, dass WG-Zimmer sündhaft teuer geworden sind. 500 Euro und mehr werden in mancher Uni-Stadt für eine kleine Studi-Bude aufgerufen. Das wollen Union und SPD mit einer WG-Garantie für Auszubildende und Studierende ändern. Dafür soll es zusätzliche Investitionen in „junges Wohnen“ oder Förderungen für den Ankauf von Wohnraum für Azubis und Studierende geben.

4 Tiefsee: Auch dort will die Koalition aktiv werden. So soll sich international weiterhin „für eine vorsorgliche Pause im Tiefseebau und für die Erforschung der Tiefsee“ eingesetzt werden.



Er erfüllt sich seinen Traum vom Weltall, zumindest indirekt: Markus Söder besetzt mit seiner CSU das Raumfahrtministerium. Foto: Peter Kneffel/dpa

Und: „Genauso wichtig sind uns der Schutz und der Erhalt der Alm- und Alpwirtschaft, insbesondere in den Hochgebirgen.“ Was wiederum Handschrift der CSU ist.

5 Versorgung: Wenn's knapp wird, gibt es für viele ja immer noch den eigenen Garten. Union und SPD wollen den „Selbstversorgungsgrad“ mit Obst und Gemüse in Deutschland erhöhen und dafür das „Maßnahmenpaket Zukunft Gartenbau“ mit konkreten

Schritten umsetzen. Gleichwohl geht es mehr um die heimischen Betriebe beim Obst- und Gemüsebau und weniger um Hobbygärtner.

6 Tickets: Da wird mitunter zu lasten der Verbraucher ordentlich getrickelt, wenn man auf diversen Zweitmärkten Tickets für Konzerte oder Sportveranstaltungen kaufen will. Das soll sich ändern. „Wir wollen den Ticketzweitmarkt für Sport- und Kulturveranstaltungen stärker regulieren,

um Verbraucher vor überhöhten Preisen, Intransparenz und betrügerischen Verkaufspraktiken zu schützen und Veranstalter besser in die Lage zu versetzen, sich gegen unlauteres Verhalten von Ticket-spekulanten zur Wehr zu setzen.“

7 Verhütung: Viele Frauen in Deutschland können sich die Kosten für Pille, Spirale und Co. nicht leisten. Bisher ist die Regelung so: Frauen, die 22 Jahre und älter sind, müssen etwa die Pille vollständig selbst bezahlen. Nun betonen Union und SPD in ihrem Vertrag: „Für uns gehört der Zugang zu Verhütungsmitteln zu einer verlässlichen Gesundheitsversorgung. Deswegen prüfen wir die Möglichkeit einer kostenlosen Abgabe von ärztlich verordneten Verhütungsmitteln für Frauen um weitere zwei Jahre bis zum 24. Lebensjahr.“ Männer werden nicht erwähnt.

8 Trainer: Weil Trainer fehlen, haben viele Sportvereine inzwischen ihr Angebot reduziert. „Der Trainerberuf muss attraktiver werden“, heißt es jetzt im Koalitionsvertrag. „Wir stoßen daher eine Traineroffensive an“ – mit Verbesserungen bei der Vergütung sowie den arbeitsrechtlichen Bedingungen. Vielleicht hilft's.